

Forschungspolitik sozialliberal

Autor(en): **Stange, Rainer**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **5 (1983)**

Heft 16

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652865>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Da die Zeiten sozialliberaler Regierungen wohl ein für allemal zu Ende sein dürften, lohnt es sich, eine fragmentarische Analyse der Forschungspolitik jener 14 Jahre zu versuchen. Sozialdemokratische Programmatik setzte zum einen manchen Ansatz aus grauen Vorzeiten fort, spezialisierte sich zum anderen in Wissenschaft und Forschung zur Sicherung der Arbeitsplätze. Auch Christdemokraten lassen kaum neue Ansätze erkennen bis auf mehr Courage bei den unsinnigsten Projekten.

Seit Herbst letzten Jahres häufen sich Rückblicke auf die sozialliberale Phase bundesdeutscher Geschichte, Analysen ihrer Erfolge wie ihres Scheiterns. Dabei ist die Frage nach der Politik dieser Ära in Forschung und Technologie (FuT) erstaunlich selten gestellt worden. Sicherlich enthält dieser Politikbereich nicht die vordergründige Dynamik, die Koalitionen zu sprengen und Wahlen zu entscheiden scheint wie etwa die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es erscheint mir dennoch notwendig, Fragestellungen über die sozialliberale Prägung der FuT-Politik zu skizzieren, nicht nur, weil grundlegende Fragen der Technologieentwicklung bei allen zu erwartenden Annäherungsversuchen der Sozialdemokratie an die grün-alternative Bewegung eine wichtige Rolle spielen sollten.

Gleich zu Beginn muß natürlich die Frage aufkommen, ob es denn überhaupt typische sozialliberale, bzw. sozialdemokratische Elemente in der FuT-Politik gibt. Dies ist nun in der Tat schwer zu entscheiden: Zum einen fällt die sozialliberale Ära zeitlich mit dem entscheidenden Aufschwung in der Programmatik staatlicher FuT-Politik zusammen. Insofern fehlen Vorläufer, die ideologische Abgrenzungen oder Gemeinsamkeiten deutlich werden ließen. Zum anderen mangelt es an analytischem Inventar, um technologiepolitische Entwicklungen in ihrer Herkunft und in ihren Auswirkungen auf grundlegende innergesellschaftliche Interessenskonflikte zu durchleuchten. Diese Ausgangssituation unterscheidet sich grundsätzlich von der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der heutzutage, aufgrund der wirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklungen, die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft wieder ungeschminkt hervortreten.

Doch zunächst ein geraffter Rückblick auf die Geschichte bis 1969:

Vom Atom- zum Wissenschaftsminister

Ähnlich wie in den USA stellte die Entwicklung der Atomenergie eine Aufgabe dar, die nicht mehr mit den gewohnten Mitteln von Universitäten, Industriekonzernen oder der staat-

lichen Rüstungsforschung lösbar schien. Die bundesdeutsche, angeblich zivile Variante des Manhattan-Projekts stellte das Ministerium für Atomfragen dar, das Ende 1955 Franz-Josef Strauß als damals jüngster Minister übernahm. Die später zwar gescheiterten ersten Atomprogramme markieren den Beginn einer FuT-Politik auf Bundesebene in Kooperation mit großen Konzernen wie öffentlichen Forschungsinstituten. In den 60er Jahren stellten die sich rasch entwickelnde Datenverarbeitung und der Wunsch nach einer Beteiligung an der Raumfahrt die beiden weiteren Säulen dar, auf denen die als nicht-militärisch ausgegebene FuT-Politik heute noch ruht. Allein die Beteiligung an behördenähnlichen internationalen Forschungs- und Verwaltungsorganisationen wie CERN (europäische Kernforschungszentrum) und IAEA (internationale Kernenergiebehörde) erforderte die Zuständigkeit einer Bundesbehörde für entsprechende Fragen. In der Konsequenz nannten sich Straußens Nachfolger ab 1962 Minister für wissenschaftliche Forschung.

Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Adenauer-Ära eine programmatisch reife Politik in diesem Bereich entwickelte. Vielmehr scheint es, daß insbesondere nach dem Scheitern bundesdeutscher Reaktorentwicklungen eine Fixierung auf den technologischen Giganten USA erfolgte. Insofern mag der „Sputnik-Schock“ in gebrochener Form zu uns herübergewirkt haben. Die bundesdeutschen bzw. europäischen Ausgaben großtechnologischer Projekte, und andere standen überhaupt nicht zur Debatte, schienen dazu verurteilt, kleiner und meist funktionsuntüchtiger als ihre großen Ami-Vorbilder zu sein.

Diese Abhängigkeit wirkt bis heute nach. Wo der Mythos vom technologischen und damit auch sozialen Traum USA nicht mehr einsetzbar ist, zeichnen sich neue Chimären am Horizont ab: Japan, zunehmend auch Frankreich liefern angeblich Anschauungsmaterial für eine erfolgreiche FuT-Politik.

FuT-Politik sozialdemokratisch

Wegen der erweiterten Kompetenzen des Bundes in der Hochschulpolitik wurde das Ressort mit Beginn der Kleinen Koalition in „Bildung und Wissenschaft“ umbenannt. Seit der Bundestagswahl 1972 haben wir es mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) zu tun. Da die Formulierung und Ausübung der FuT-Politik im wesentlichen von der SPD getragen wurde, scheint das Etikett „sozialdemokratisch“ für die nachfolgenden Aussagen gerechtfertigt. Äußerlich prägten seit 1972 vier SPD-Minister diese Politik:

Horst Ehmke bis 1974, dann Hans Matthöfer bis Anfang 1978, anschließend Volker Hauff bis zur Bundestagswahl 1980 und zuletzt Andreas von Bülow bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition im letzten Oktober. Bis auf Hauff weisen sie eine Gemeinsamkeit mit den meisten ihrer christdemokratischen Vorgänger auf: Keiner hatte sich mit entsprechenden Fragen vorher auseinandergesetzt. Demzufolge operierten beispielsweise Matthöfer und von Bülow ausgesprochen farblos, während für Hauff und Ehmke, vergleichbar übrigens mit Strauß und Stoltenberg, dieser Job eher als Sprungbrett ihrer Karriere diente. Sie alle hatten oder haben immer noch Ambitionen zu Höherem bis hin zur Kanzlerschaft.

Aber natürlich prägt die Person eines Ministers die entsprechende Politik nur an der Oberfläche. Grundsätzlich galt es von Beginn an, sich ausweitenden staatlichen Einfluß mit den Leitsätzen sozialdemokratischer Reformpolitik Anfang der 70er Jahre in Einklang zu bringen. Willy Brandt verkündete in seiner Regierungserklärung von 1972:

„Dazu gehört, daß den Problemen des Umweltschutzes, der Stadtforschung, darüber hinaus aber auch der gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenforschung größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Technische Großprojekte . . . werden in Zukunft stärker daran zu messen sein, was sie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen beitragen.“ So edel diese Zielsetzungen gewesen sein mögen, die Zeichen der Zeit deuteten bereits in eine andere Richtung. In der Kernenergie wie der Datenverarbeitung ging es letztlich nur um Großtechnologie, und der Bau des Schnellen Brütters war damals bereits beschlossene Sache. Die Ölkrise gab dann den letzten Rest von Legitimation her, die der längst beschlossene Ausbau der Kernenergie noch brauchte, um seine Konkurrenz zur Steinkohle ein wenig verbergen zu können. Insbesondere im Zeichen der sogenannten Energiekrise ließ man massiv geförderte öffentliche Forschungsvorhaben nicht mehr als Luxus einer führenden Industrienation, sondern schlicht als Überlebensfrage erscheinen.

Die Aufwendungen des Bundes für Forschung und Entwicklung (FuE) haben sich im Jahrzehnt von 1969 bis 1979 mehr als verdreifacht: von 3,1 auf 9,7 Mill. DM, verteilt auf mehrere Ministerien, ohne Bundesmittel für Hochschulen. In den ersten Jahren gab es Wachstumsraten von über 20%. Diese Aufblähung kam hochschulfreien Forschungsinstitutionen, vor allem aber der projektgebundenen Industrieforschung zugute, die



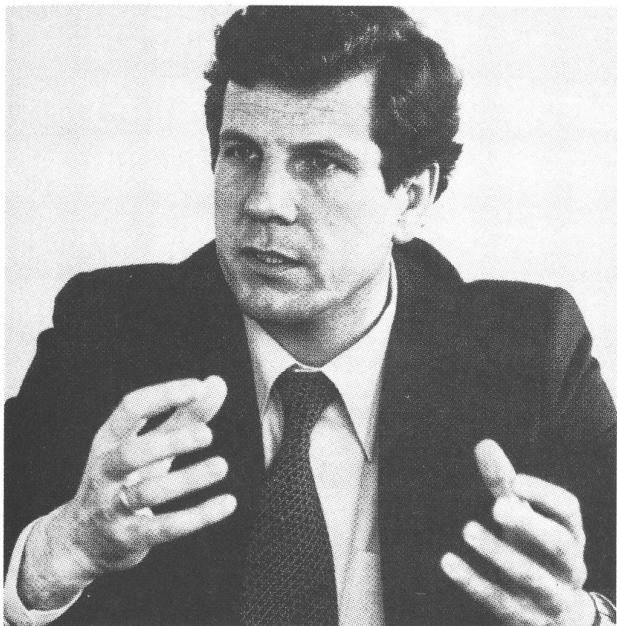
ihre von Anfang an führende Position weiter ausbauen konnte und jetzt mehr als ein Drittel dieser Gelder erhält. Und hier sind es wieder die Großunternehmen, die den Reibach machen. Trotz vielfacher Beteuerungen, daß heute die Überlebenschancen auch mittlerer und kleiner Industriebetriebe von ihrem technologischen Potential abhängen, erhielten solche Unternehmen, d.h. mit weniger als 200 Mio. DM Jahresumsatz (!), 1978 nur rd. 7% der öffentlichen Forschungsgelder, die für die Privatwirtschaft bestimmt waren. Außer der trivialen Einsicht, daß Großtechnologie nun mal eben typisch für Großunternehmen ist, scheitern vermutlich viele potentielle Bewerber für Bonner Forschungsgelder an der Antragsbürokratie. Es mag kafkaesk erscheinen, daß es in Hamburg öffentliche Landesgelder gibt (bis zu 10.000 DM pro Antrag), mit deren Hilfe Landesunternehmen einen ausgekochten Dritten finanzieren sollen, der ihnen im Papierkrieg mit Bonn möglichst viel Bundesgelder als Beute heimbringt. Die Großen halten sich für diesen Zweck natürlich ihre Spezialabteilungen.

Trotz vielfacher Beteuerungen, man fördere nur „Risikovorhaben“, die die Industrie sonst nicht durchzuführen bereit wäre, stellt ein Gutteil der FuT-Politik mittlerweile kaum



noch getarnte Investitionszulage dar. Am einen Ende des Spektrums beweisen der Schnelle Brüter und der Hochtemperaturreaktor, daß die Industrie alleine bestimmte Vorhaben nie ohne weitgehende öffentliche Finanzierung angefangen hätte (und zumindest in den Fällen völlig zu Recht), am anderen mag das Beispiel des Siemens-Konzerns stehen, der für die Entwicklung eines Großrechners Geld kassierte und ihn letztlich bei Fujitsu in Japan fertig einkaufte. Etwa in der Mitte dieser Strategien befindet sich der marode Stahlkonzern Hoesch, der mit der Begründung technischer Umstellungen 120 Mio. DM günstiger Kredite vom BMFT kassierte, um damit seinen Untergang hinauszuzögern.

Das Stichwort „Risikovorhaben“ findet dagegen auf eine ganz andere Art eine nachträgliche Bestätigung: 46% aller Bundesmittel für FuE, die 1977 in die Privatwirtschaft flossen (das letzte Jahr, für das der Bundesforschungsbericht VI diese Zahlen auflistet), standen unter der Regie des Verteidigungsministeriums. Die „Kriegsforschungsquote“ (s. WW Nr. 14, S. 40), also der Anteil der Rüstungsforschung an den Gesamtausgaben des Bundes für FuE, betrug im selben Jahr rd. 20%. In der Programmatik der Forschungspolitik wurden diese Anteile übrigens in der Regel ausgeblendet (s. WW Nr. 8, S. 36).



Neben dem Etat-Boom fand eine kontinuierliche Ausweitung der sogenannten Förderprogramme statt. Zu den schon erwähnten drei Säulen traten u.a. hinzu: Forschung und Technologie im Dienst der Gesundheit, Humanisierung der Arbeit, Meeresforschung und Meerestechnik, Biotechnologie und Technische Kommunikation. Obwohl das BMFT diese Aufgaben in seinen Veröffentlichungen gerne hervorhebt, darf man nicht übersehen, daß bis heute gut die Hälfte der BMFT-Mittel für die Energieforschung (praktisch nur Kernenergie und Kohleveredlung) und die Weltraumfahrt gebunden bleibt.

Legitimation

Im Grunde sieht sich die Politik der SPD in Fragen von FuT vor ähnlichen Legitimationszwängen wie anderswo: Sie verkleistert ihre ideologischen Grundlagen sowie die fehlende Bereitschaft zu grundlegenden gesellschaftlichen Änderungen mit pragmatisch klingenden Worthülsen. So dienen die Gelder für den Elfenbeinturm Wissenschaft und die Industrieforschung dazu:

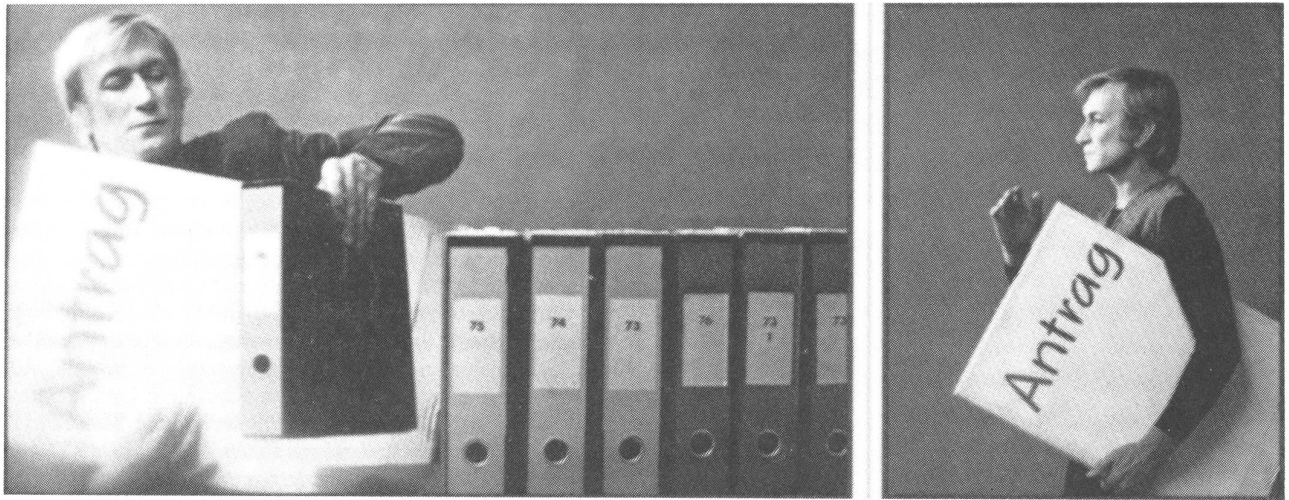
- „1. den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu verbreitern und vertiefen;
2. die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und auszubauen;
3. die Ressourcen zu schonen und die natürlichen Lebensvoraussetzungen zu erhalten;
4. die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern;
5. die technologischen Entwicklungen in ihren Auswirkungen und Zusammenhängen zu erkennen . . .“

Neben Trivialem (Punkt 1) spricht der Bundesforschungsbericht (VI) hier Ziele an, für die praktisch gar nicht geforscht wird (Punkt 5, siehe WW Nr. 8, S. 36). Ferner erwähnt er Programme, die zwar laut Umfrage in der Bevölkerung höchste Forschungspriorität haben (Gesundheits- und Umweltforschung, Humanisierung der Arbeit), de facto jedoch die Rolle des Mauerblümchens spielen. Bleibt die „Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“, die in sozialdemokratischer Ideologie mit der Sicherung der Arbeitsplätze gleichgesetzt wird. Hier stellt sich die in der Tat schwierig zu meisternde Aufgabe, technische Entwicklungen mit Arbeitsplatzstabilität in Einklang zu bringen. Denn technischer Wandel –

das wissen die Arbeitnehmer nur zu gut – ist in der Produktion mit Automatisierung, Rationalisierung und letztlich Arbeitsplatzvernichtung verbunden. Die verstärkte öffentliche Unterstützung für industrielle Forschung erfolgte zeitlich parallel mit einer in der Nachkriegsgeschichte nie gekannten Freisetzung an Arbeitskräften in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Damit möchte ich wohlgermerkt noch keine Begründungszusammenhänge nahelegen, vielmehr auf die daraus entstehenden Legitimationsprobleme hinweisen. Während Matthöfer, dessen Karriere im Gewerkschaftsapparat begann, schon in der Kernenergiefrage mit dem Rücken zur Wand stand und sich um die Arbeitsplatzvernichtung durch neue Technologien noch weitgehend drücken konnte, ging sein Nachfolger Hauff in die Offensive und vollbrachte eine wahre Akrobatik. Allen Ernstes zitierte er eine Studie der Schweizer Unternehmensberatung Prognos-AG, wonach „der technische Wandel in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1962 und 1972 einen Wegfall von 686.000 Arbeitsplätzen bewirkte . . . Allerdings wurden in unserer Volkswirtschaft im gleichen Zeitraum 687.000 neue Arbeitsplätze geschaffen“ (Hauff in BILD DER WISSENSCHAFT 6/78). Sieht man einmal von der euphemistischen Formulierung „Wegfall“ ab, so läßt er offen, ob der behauptete Nettoüberschuß von 1000 Arbeitsplätzen, den der technische Wandel mit sich bringen soll, nicht genau der neu geschaffenen Forschungsbürokratie entspricht. Zwei Jahre später – die Arbeitslosenzahlen hatten trotz verstärkter Anstrengungen des BMFT unter Hauff in den Bereichen Datenverarbeitung und Mikroelektronik die Schallgrenze von 1 Mio. durchbrochen – ändert sich die Zielsetzung der FuT-Politik: „Wir haben einmal die beschäftigungspolitischen Wirkungen der öffentlichen Förderung von Forschung und Technologie untersuchen lassen. Dabei haben wir herausgefunden, daß wir 1979 durch die Förderung des Forschungsministeriums 400.000 Arbeitsplätze gesichert haben.“ (Hauff im SPIEGEL 12/80.)

Abgesehen von der undurchschaubaren Methodik solcher Studien bewegt sich das Argument auf der Ebene, mit der man Gräben ausgraben und zuschütten oder U-Boote für Chile bauen lassen kann. Bedürfteten alle Arbeitsplätze der Nation (ca. 26 Mio. 1979) einer derart überzeugenden „Sicherung“, man käme mit ca. 360 Mrd. DM hin. Das wäre zwar mehr als der gesamte Bundeshaushalt, dafür wären wir aber das Problem der Arbeitslosigkeit los! Immerhin finanziert Hauff auch Arbeitsplätze, deren Kosten seinem eigenen Gehalt nicht viel





nachstehen dürften – die in Kalkar beim Bau des Schnellen Brütters.

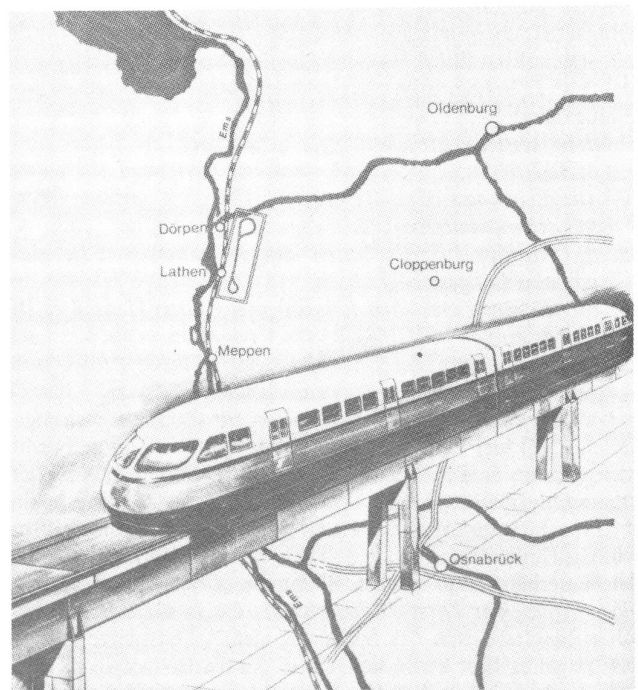
In der Spätphase sozialdemokratischer FuT-Politik geht jeder Ansatz einer Programmatik, die auf alltägliche Bedürfnisse für das Leben breiter Massen abzielen würde, im Gerede über Krise und Innovationen der anderen Industrieländer, vor allem im Bereich Mikroelektronik und Biotechnologie, unter. Während Hauff noch „mit der internationalen Konkurrenz gleichziehen und möglicherweise auf Spezialgebieten Spitzenleistungen erbringen“ wollte, beweist die zweite Million Arbeitsloser, daß die Tendenzen in den kapitalistischen Ländern mit einer staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik auf jeden Fall nicht aufzuhalten sind, wahrscheinlich aber eher noch durch sie befördert werden. Wenn japanische Verhältnisse, wo übrigens relativ wenig Geld für FuE aufgewandt wird, erstrebenswert erscheinen sollen, dann müssen die Sozialdemokraten das Kunststück vollbringen, diesen Bereich streng von Sozial- und Lohnpolitik abzutrennen und nach einer unabhängigen Erklärung für den angeblichen Erfolg der dortigen Technologiepolitik zu suchen.

FuT-Politik christdemokratisch

Wird der Regierungswechsel auf die derzeit herrschende Politik reale Auswirkungen haben? In den uns interessierenden Fragen dürfte dies wesentlich schwieriger einzuschätzen sein als beispielsweise in der Finanz- oder der Ausländerpolitik. In früheren Äußerungen aus CDU-Kreisen steht die Forderung nach mehr Forschungsgeldern für mittelständische Betriebe im Vordergrund. Hier muß die CDU einen Teil ihrer Legitimierungsarbeit leisten. Das wird ihr insofern leichter fallen als der SPD, weil sie FuT-Geld nicht vom Geruch der Investitionshilfe säubern muß. Die Kooperation zwischen Wirtschaftsminister und BMFT wird offener vonstatten gehen, als dies bislang auch aus parteipolitischen bis hin zu persönlichen Gründen der Fall war. Im „Technologie-politischen Konzept der CDU“ (April 1980) wird hierzu vor allem ein Abbau der hinderlichen Bürokratie gefordert. Die Finanzämter sollen künftig einen Gutteil der Gelder als Investitionszulage bzw. Steuererleichterung vergeben.

Im übrigen enthält dieses Konzept eine Liste von Forschungszielen, die durchaus den bislang gewohnten vergleichbar sind. Aber auch der neue Minister Heinz Riesenhuber kann in Zei-

ten knappen Geldes keine Riesensprünge vollziehen. Die ersten Wochen seiner Amtszeit machten bereits deutlich, wie christdemokratische FuT-Politik in den 80er Jahren die Schwerpunkte setzen möchte. Im Haushaltsplan des BMFT für 1983 wurden 200 Mio. zusätzlich für die (preislich) fortgeschrittenen Reaktorlinien in Kalkar und Uentrop-Schmehausen locker gemacht (Gesamtsumme somit 765 Mio. DM für 1983). Da jedoch der Gesamtetat um 2,3% gekürzt wurde, mußten andere Projekte dran glauben. Besonders betroffen ist – wer hätte das gedacht – die Forschung nach regenerativen Energiequellen. Ganze 6,5 Mio. DM läßt man sich ein propagandistisches Lieblingskind kosten, die sogenannten Technologieorientierten Unternehmensgründungen. Zweistellige Zuwachsraten erzielen nur noch die Programme für Elektronik und Biotechnologie. Weitere Vorhaben im Zusammenhang mit Kernenergie sowie die Weltraumfahrt blieben von den Kürzungen verschont. Insgesamt bemüht man sich im Gegensatz zu anderen Politikbereichen, ein Bild von Kontinuität zu wahren, so als könnten Wissenschaft und Forschung nun mal keine bornierten Parteiinteressen im Wege stehen.



BMFT Magnetbahn: Mit Volldampf nach Ostfriesland